



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Demo gegen die Militarisierung unserer Heimat	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	5
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	5
Aktuelles von unseren Landtagsabgeordneten	6
Landkreis Bautzen bleibt auf mehreren Millionen Euro von Asylkosten sitzen!	6
KEINE WINDRÄDER IN UNSEREN WÄLDERN!	6
Regionalgruppe Bautzen	8
Aktion zur Mitgliedergewinnung	8
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	9
Druckausgabe Blaue Post Bautzen	10
Archiv Blauer Rundbrief	10
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen	
Landtag	10
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag	10
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 9.8.2026	11
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.8.2026	13
AfD-Anfragen decken auf: CDU macht weiter mit Werbung für Geschlechtsumwandlungen an unseren Schulen!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.8.2026	13
AfD-Anfrage: Staatskanzlei von MP Kretschmer vom Stellenabbau fast komplett ausgenommen!	13
Viel Erfolg im neuen Schuljahr!	14
AfD wirkt! CDU übernimmt SIMSON-Antrag mit einem Jahr Verspätung!	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.8.2026	15



Sondersitzung Innenausschuss: Flughafen Leipzig/Halle darf kein Drehkreuz für Kriege in aller Welt sein!	15
Frau mit Baby vor Bahn geschubst: Kriminelle Syrer nach Syrien abschieben!	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.8.2026	17
AfD-Anfrage: 45 Prozent der Empfänger von Sozialleistungen in Dresden sind Ausländer! ...	17
CO2-Abgabe komplett abschaffen!.....	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.8.2026	18
„Express-Betriebsprüfung“? Kleine Firmen entlasten statt zu Tode kontrollieren!	18
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	19
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
Sie sind Unternehmer und führen Ihr eigenes Unternehmen?	20
Positionspapier „So retten wir Deutschland“	20
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	21
Zum Schutz unserer Frauen und Kinder: Remigration jetzt!	21
UPS! Wenn die eigene Partei lieber Mario Voigt als Ministerpräsidenten will ..	21
Politkommissar fordert Schießbefehl an der Brandmauer	22
65. Jahrestag des Mauerbaus	23
Festsetzen, abschieben, Deutschland schützen!	23
Nach Dokortitel-Aberkennung: Voigt (CDU) muss endlich zurücktreten!.....	24
Du bist weiß? Dann kein Zutritt!.....	24
Was wussten RKI und CDU-geführte Bundesregierung über die Risiken der Corona-Impfungen?	25
Die SPD betrügt die Bürger	25
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt.....	26
43 %: Neuer AfD-Rekordwert in Sachsen-Anhalt!.....	26
„Mehr russische Soldaten töten“ – „FAZ“ reagiert auf Kritik nach Frage an Selenskyj	26
DNA auf Sprengstoff-Drohne gefunden – Spur soll zu DHL-Anschlag führen	26
Dokortitel aberkannt: TU Chemnitz weist Voigts Widerspruch zurück.....	26
Ein persönliches Wort zum Fall Fauci.....	26
Nach Voigt-Blamage: Höcke will Wagenknecht zur Ministerpräsidentin machen	26
Nicht nach Thüringen: Wagenknecht weist Höckes Idee zurück.....	26
Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr besuchen AfD-Stand mit Siegmund – Bürgermeister „fassunglos“	26



CDU-Bürgermeister tritt wegen Friedrich Merz aus der Partei aus	27
Video-Empfehlungen	27
Informationskanäle der AfD	27
Unabhängige Medien	27
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	27
Radio Klartext	27
Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft	27
NIUS – Die Stimme der Mehrheit	27
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	27
Deutschland-Kurier	27
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	28
Regionalgruppen im KV Bautzen	30
SPENDENKONTO	30
KONTAKT:	30

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Demo gegen die Militarisierung unserer Heimat

Am Freitag, den 7. August 2026 demonstrierten auf unsere Einladung hin gut 150 Menschen vor den Werkstoren der Fa. Maxam in Gnaschwitz gegen die weitere Militarisierung unserer Heimat. Wir stellen uns entschieden gegen das Vorhaben, mitten in einem Wohnort Rüstungsmunition herzustellen. Wir bedanken uns bei jedem einzelnen, der dabei war, bei den Rednern Jörg Urban und Frank Peschel, sowie bei Edgar und Veit von der Montagsmahnwache in Bautzen, die sich unserem Aufruf angeschlossen hatten und uns ihre Technik zur Verfügung stellten.

Wir werden auf jeden Fall an dem Thema dran bleiben, im Gemeinderat, im Kreistag und wir halten Euch auf dem Laufenden!



Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.

Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Letzter Termin 2026:

19./20. November 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)
(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**
karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen



Aktuelles von unseren Landtagsabgeordneten

Landkreis Bautzen bleibt auf mehreren Millionen Euro von Asylkosten sitzen!

Dazu erklärt MdL und Kreisrat Timo Schreyer:



Meine Anfrage (Drs.-Nr.8/7485) vom 06.08.2026 zum Thema „Kostenerstattungen für unbegleitete minderjährige Geflüchtete (UmA)“ ergab, dass der Landkreis mehrere Millionen Euro für die Unterbringung der Jugendlichen nicht vom Freistaat erstattet bekommt bzw. Leistungen durch den Freistaat gekürzt wurden!

Für die Zeiträume 2024 bis 2026 wurden 1,087 Mio. Euro an Kosten abgelehnt und weitere 1,537 Mio. Euro an

Erstattungen gekürzt. (535 abgelehnte Fälle und 634 gekürzte)

Zuvor wurden in dem Zeitraum 2016 bis 2023, 1937 Erstattungsanträge im Wert von 1,144 Mio. Euro durch das Land Sachsen abgelehnt und 314 Erstattungsanträge im Wert von 406,5 TEUR auch gekürzt.

Zu den Gründen für die Ablehnung zählen unteren anderem: Verjährung des Erstattungsanspruchs, Verneinung der Unbegleitetheit des Minderjährigen bei der Einreise oder Nichtbeachtung von Ausschlussfristen.

Für Kürzungsgründe nannte mir die Staatsregierung als Beispiele das Unterschreiten der Geringfügigkeitsgrenze für Auslagen, Rechenfehler oder fehlerhafte Entgeltvereinbarungen.

Für mich als Kreisrat des Landkreis Bautzen muss dieses Thema schnellsten aufgearbeitet werden und auf den Tisch des Kreistages. Warum kann es zu solchen großen Abweichungen zwischen Abrechnung und Erstattung kommen? Diese und andere Fragen müssen beantwortet werden.

Timo Schreyer, MdL

10. August 2026

<https://afdsachsen.de/landkreis-bautzen-bleibt-auf-mehreren-millionen-euro-von-asylkosten-sitzen/>

KEINE WINDRÄDER IN UNSEREN WÄLDERN!

Es geht um unsere Natur.

Es geht um unsere Tiere.

Es geht um unsere Gesundheit.

Und es geht um die Verantwortung, die wir gegenüber kommenden Generationen tragen.

PFAS gehören zu den langlebigen „Ewigkeitschemikalien“. Sie können in der Umwelt verbleiben und sich in Organismen und Nahrungsketten anreichern. PFAS wurden auch in





Wildtieren nachgewiesen – unter anderem in Wildschweinproben.

Gleichzeitig können bei Windkraftanlagen fluorierte Polymere bzw. PFAS-haltige Beschichtungen zum Einsatz kommen. Bei Rotorblättern dienen solche Beschichtungen unter anderem dem Schutz vor Regen- und Sanderosion. Damit stellt sich eine ernstzunehmende Frage:

Was passiert über Jahrzehnte mit dem Abrieb dieser Materialien in unseren Wäldern?

Was gelangt in den Boden?

Was gelangt ins Wasser?

Was nehmen Wildschweine, Rehe, Füchse und Vögel über ihre Nahrung auf?

Und welche Auswirkungen kann eine langfristige Belastung auf das gesamte Ökosystem haben?

Gerade bei langlebigen Schadstoffen muss das Vorsorgeprinzip gelten.

DESHALB: KEINE WINDRÄDER IN SCHÜTZENSWERTE WALDGEBIETE!

Wir wollen keine Experimente mit unserer Natur.

Erst müssen mögliche Umwelt- und Gesundheitsrisiken unabhängig untersucht und ausgeschlossen werden – und nicht erst nach dem Bau.

Denn was einmal in den Wald eingebracht wurde und sich über Jahre oder Jahrzehnte verteilt, lässt sich nicht einfach wieder zurückholen.

Natur ist kein Industriegebiet.

Wildtiere sind kein Versuchsfeld.

Unser Wasser darf nicht zum Auffangbecken für langlebige Schadstoffe werden.

Unsere Wälder müssen geschützt werden – nicht geopfert für die Windradlobby!!!!

Doreen Schwietzer, MdL

12. August 2026

➡ Telegram: <https://t.me/schwietzer>

Quellen:

- Umweltbundesamt – PFAS und ihre Eigenschaften

Umweltbundesamt: PFAS

- OECD – PFAS in Beschichtungen und Anwendungen, darunter Windkraft-Rotorblätter

OECD-Bericht zu PFAS in Beschichtungen

- BfR – PFAS in Lebensmitteln und Umwelt

BfR: PFAS

- Wissenschaftliche Untersuchung zu PFAS in Wildschweinen in Deutschland

Studie: PFAS in Wildschweinproben

Regionalgruppe Bautzen

Aktion zur Mitgliedergewinnung

Liebe Mitglieder der Regionalgruppe Bautzen,

um in der Regionalgruppe Bautzen weitere Mitglieder zu gewinnen, verteilen wir derzeit diese Flyer. Im Innenteil befindet sich der aktuelle Mitgliedsantrag direkt zum ausfüllen.

Wer uns bei der Verteilung unterstützen möchte, meldet sich bitte zu den Öffnungszeiten im Büro Postplatz 1 in Bautzen.



So können Sie gewinnen:

Die AfD-Regionalgruppe in Bautzen und Umgebung wächst stetig. Um das zu feiern verschenken wir ein originales **AFD-Sommerpaket** an die Person, die in diesem Sommer unser **70. Mitglied** wird. Nutzen Sie dafür den schriftlichen Antrag direkt in diesem Flyer oder das Online-Formular auf afd.de/mitglied-werden.

„Helfen Sie dabei mit, unsere Heimat zu bewahren!“

Jörg Urban
Wahlkreisabgeordneter
Landesvorsitzender

Antrag einreichen:

Den ausgefüllten Antrag nehmen wir gerne während der Öffnungszeiten in unserer Geschäftsstelle in Bautzen (Postplatz 1, 02625 Bautzen) entgegen. Selbstverständlich ist auch der postalische Versand möglich. Alternativ können Sie Ihren Antrag eingescannt per E-Mail an info@afd Bautzen.de senden.

Und auch unabhängig von einer Mitgliedschaft können Sie uns unterstützen - mit einer Spende und in den Sozialen Medien:

SPENDENKONTO: AfD Kreisverband Bautzen
DE16 8505 0300 0225 7855 52

AfD-Kreisverband Bautzen im Netz:
afd-bautzen.de
AfD-Kreisverband Bautzen bei Facebook:
[facebook.com/afd.bautzen](https://www.facebook.com/afd.bautzen)

Hinweise zum Gewinnspiel:

Die Aktion gilt für Neumitglieder, die ihren Wohnsitz in der Regionalgruppe Bautzen haben, die neben der Stadt Bautzen die Gemeinden Doberschau-Gersdorf, Großtrebnitz, Hochkirch, Kubschütz und Malschwitz und die Stadt Weißenberg umfasst. Maßgeblich für die Ermittlung des Gewinners gilt der Zeitpunkt, an dem die satzungsgemäße Aufnahme des Antragstellers erfolgt.

V.i.S.d.P.: AfD-Kreisverband Bautzen, vert. Frank Peschke, Postplatz 1, 02625 Bautzen

Gemeinsam für Deutschland:

Jetzt AfD-Mitglied werden und...

...Sommerpaket gewinnen!

AfD



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Mo	17.08.2026	19.00 Uhr	Ratskeller Pulsnitz Am Markt 2	BÜRGERSTAMMTISCH Pulsnitz mit Vorstellung des neuen Regionalgruppenvorstandes der Regionalgruppe 53/Kamenz
Mi	19.08.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Fr	21.08.2026	10.00-18.00 Uhr	Kornmarkt Bautzen	INFOSTAND des AfD Kreisverband Bautzen zum Tag der Oberlausitz
Sa	29.08.2026	10.00-14.00 Uhr	Malschwitz, OT Dubrauke "Kulturbaracke am Sportplatz"	SIMSON-TREFFEN BAUTZEN Eintritt frei!
Sa	19.09.2026	16.00-22.00 Uhr	Nähe Bautzen (genauer Ort nach Anmeldung)	OKTOBERFEST der Generation Sachsen Anmeldung an nicole.scharpe@afdbautzen.de
Mo	28.09.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	29.09.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremlinger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	30.09.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	30.09.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:

www.afdbautzen.de

Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.

Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:

<https://afdsachsen.de/blau-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief:

<https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 9.8.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (NZZ) erschien am 4. August ein wirklich bemerkenswerter Artikel von Susanne Gaschke.

Wenn man auf den Lebenslauf von Susanne Gaschke blickt, so löst das durchaus Erstaunen aus. Denn Susanne Gaschke war eine halbe Ewigkeit Mitglied der SPD und kurzzeitig Oberbürgermeisterin in Kiel. Zudem schreibt sie seit Jahrzehnten für Zeitungen, die durch tendenziöse, linke Artikel auffallen.

Frau Gaschke fasste nun in der NZZ ein ganz, ganz heißes Eisen an. Sie äußerte zu den „Reichsbürger“-Prozessen die Vermutung, dass die Staatsanwälte und Richter im „antirechtsnervösen Deutschland“ jede Verhältnismäßigkeit vermissen lassen.

Seit dreieinhalb Jahren befinden sich die Angeklagten in Untersuchungshaft. „Wirklich getan haben die meisten Beschuldigten nichts – nur extrem dummes Zeug geredet“, so Gaschke.

Vorgeworfen werden ihnen aber nicht etwa bestimmte Meinungsdelikte, sondern die angebliche, heimliche Gründung einer terroristischen Vereinigung, die irgendwann einmal hätte aktiv werden können.

Genauso wie bei den Angeklagten der angeblichen „Sächsischen Separatisten“ gibt es auch bei den sogenannten Reichsbürgern verschärfte Haftbedingungen. Susanne Gaschke führt aus, was das konkret heißt: „1200 Tage Einzelhaft ohne frische Luft, grüne Bäume und Bewegungsfreiheit“.

Dabei ist die Untersuchungshaft eigentlich an strenge Voraussetzungen gebunden. Sie darf normalerweise sechs Monate nicht übersteigen – es sei denn, die Ermittlungen gestalten sich besonders schwierig. Weder bei den Reichsbürgern noch bei den Sächsischen Separatisten dürfte es jedoch besonders schwer sein, die Chatnachrichten nach eindeutigen Gewaltaufrufen und Umsturzfantasien zu durchsuchen.

„Schwer“ wird diese Aufgabe erst dann, wenn die Staatsanwälte in diese Nachrichten etwas hineindeuten müssen, weil die Nachrichten keinen tatsächlichen Sprengstoff enthalten. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die Verteidiger im Separatisten-Prozess Haftentlassungen fordern.

Schauen wir nun aber einmal auf die andere Seite des Prozesses: Der Chefankläger im Reichsbürger-Fall ist nicht irgendwer, sondern ein CDU-naher Jurist, der im Bereich Nachrichtendienste von der Hochschule des Bundes eine Honorarprofessur erhielt.

Susanne Gaschke hat sich die wissenschaftliche Qualität seiner Schriften angesehen und zeigt sich entsetzt. Was dieser Oberstaatsanwalt zu Papier gebracht hat, steuere „nur knapp an einem Plädoyer für Gesinnungsstrafrecht“ vorbei, schreibt sie.

»Gesinnungsstrafrecht«?

**Rechtsstaat
vor Ideologen
schützen!**

Jörg Urban





Wir haben es beim sogenannten „Reichsbürger-Prozess“ mit keinem Einzelfall zu tun. Seit mehr als einem halben Jahr wird vor dem Oberlandesgericht Dresden gegen die sogenannten „Sächsischen Separatisten“ verhandelt. Sie befinden sich seit Ende des Jahres 2024, also auch schon seit 20 Monaten, in Untersuchungshaft.

„Wofür“ lautet nun die entscheidende Frage. Den Angeklagten wird vorgeworfen, an einem „unbestimmten Tag X“ – also in ferner Zukunft – „einen möglichst großen Teil Sachsens“ erobern zu wollen.

Beweise dafür konnten durch die Ankläger bis zum 27. Verhandlungstag nicht einmal ansatzweise vorgelegt werden. Unabhängige Prozessbeobachter schildern vielmehr, wie wenig die vom Gericht als Zeugen befragten BKA-Beamten zur [Aufklärung](#) beizutragen haben.

Warum bestimmte Chatdialoge als „verdächtig“ eingestuft wurden und welcher Terrorbezug vorliegen soll, konnten oder wollten die BKA-Beamten nicht erklären.

Es sei auch noch einmal darauf hingewiesen, dass sich die Gruppe niemals selbst „Sächsische Separatisten“ nannte und bei ihrem angeblichen „Häuserkampftraining“ ganz legale Airsoft-Waffen zum Einsatz kamen, die für Spielzwecke entwickelt wurden.

Nach der Logik der übereifrigen Staatsanwälte müsste man sämtliche Paintball- und LaserTag-Anlagen in Deutschland schließen und alle, die so etwas schon einmal gemacht haben, als Terrorverdächtige führen und womöglich sogar in Untersuchungshaft stecken.

Angesichts der Unergiebigkeit des Prozesses stellt sich die Frage, warum er dennoch in die Länge gezogen wird und noch bis August 2027 andauern dürfte.

Es gibt die These, dass dieses große [Theater](#) nur veranstaltet wird, um die AfD zu schwächen. Schließlich ist der Angeklagte Kurt Hättasch gewählter AfD-Stadtrat in Grimma. Ob diese These stimmt, darf jeder für sich selbst beantworten.

Was allerdings bereits feststeht, ist, dass bei all diesen Prozessen mit politischem Hintergrund ein fader Beigeschmack hängenbleibt. Den Staatsanwaltschaften gelingt es nicht, die schwerwiegenden Vorwürfe mit letzter Klarheit für die Öffentlichkeit in einer angemessenen Zeit zu beweisen.

Das Vertrauen in den Rechtsstaat wird dadurch erschüttert. Viele Bürger nehmen ein Ungleichgewicht wahr und fragen sich zu Recht, warum ein paar unüberlegte private Chatnachrichten eine jahrelange Untersuchungshaft rechtfertigen, während Messerstecher und Sexualstraftäter oft nach sechs Monaten Untersuchungshaft wieder auf freien Fuß kommen, wenn bis dahin kein Urteil gesprochen wurde.

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/gibt-es-ein-gesinnungsstrafrecht/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.8.2026

AfD-Anfragen decken auf: CDU macht weiter mit Werbung für Geschlechtsumwandlungen an unseren Schulen!

Die AfD-Abgeordneten Tobias Heller und Roman Golombek haben bei CDU-Kultusminister Conrad Clemens nachgefragt, warum der Verein „[Gerede e.V.](#)“ an Schulen Werbung für Geschlechtsumwandlungen machen kann und sich parteipolitisch einseitig positionieren darf, obwohl es das Neutralitätsgebot gibt.



Im ersten Fall geht es um ein Sexualprojekt in der siebten Klasse der Oberschule „Am Kupferberg“ in Großenhain ([Drs. 8/7582](#)). Clemens gibt in seiner Antwort auf die Anfrage einen Verstoß gegen das Schulgesetz zu. Die Inhalte des Sexualprojekts wurden den [Eltern](#) vorab nicht mitgeteilt.

Im zweiten Fall geht es um ein Gymnasium in Löbau ([8/7518](#)). Minister Clemens kündigte an, dass die fragwürdige Sexualerziehung trotz der Kritik von Eltern und Schülern im November 2026 fortgesetzt wird.

Dazu erklärt Tobias Heller: „Dass linke Vereine ohne Anwesenheit von Lehrern im [Unterricht](#) Werbung für Transsexualität machen, ist inzwischen längst bekannt. Die CDU hatte lange genug Zeit, diese Projekte einzustellen. Weil das nicht geschehen ist, müssen wir davon ausgehen, dass die CDU inhaltlich voll und ganz hinter diesen Angeboten steht.“

Roman Golombek ergänzt: „Weder die Werbung für Geschlechtsumwandlungen noch die Hetze gegen eine bestimmte Partei dürfen an unseren Schulen geduldet werden. Statt die Qualität des Deutsch- und Mathe-Unterrichts zu verbessern, gewährt die CDU linken Ideologen an unseren Schulen Narrenfreiheit. Schluss mit dieser Indoktrination!“

Die AfD fordert eine Konzentration auf die Vermittlung der wichtigsten Inhalte. Wenn das endlich wieder gut gelingen würde, wäre das schon ein Meilenstein.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfragen-decken-auf-cdu-macht-weiter-mit-werbung-fuer-geschlechtsumwandlungen-an-unsere-schulen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.8.2026

AfD-Anfrage: Staatskanzlei von MP Kretschmer vom Stellenabbau fast komplett ausgenommen!

Seit 2019 wurde die Staatskanzlei von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer um rund 300 Stellen aufgebläht.

Wie der finanzpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Norbert Mayer, mit einer neuen Anfrage ([Drs. 8/7617](#)) nun



aufgedeckt hat, ist die Staatskanzlei vom angekündigten Stellenabbau aber fast vollständig ausgenommen.

2027 soll lediglich eine Stelle im Bereich der Staatskanzlei wegfallen. 2028 sind es zwei. Insgesamt plant die Regierung die Streichung von 523 Stellen im nächsten Doppelhaushalt.

Dazu erklärt Norbert Mayer:

„Der erforderliche Stellenabbau in der Verwaltung verläuft im Schnecken tempo. Seit seinem Amtsantritt hat CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer 10.000 zusätzliche Stellen geschaffen. Das verursacht jedes Jahr unnötige Kosten in Milliardenhöhe.

Aufgrund der hohen Altersabgänge wäre es möglich, jedes Jahr eine vierstellige Zahl an Stellen einzusparen. Vor allem CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer ist dazu jedoch nicht bereit. Während andere Ressorts bis zu 176 Stellen einsparen müssen, bleibt in seiner Staatskanzlei alles beim Alten.

Ministerpräsident Kretschmer gönnt sich aktuell den Luxus, dass es allein im Bereich seines Regierungssprechers 26 Stellen gibt (Drs. 8/4889). Es wäre problemlos möglich, diese Zahl zu halbieren.

Wir haben schon seit längerer Zeit den Eindruck, dass Michael Kretschmer seine Stellung als Ministerpräsident ausnutzt, um Partei- und Personenwerbung zulasten des Steuerzahlers und der politischen Konkurrenz zu betreiben.

Dass seine Frau zufällig einen hochdotierten Posten im Sozialministerium bekam, zeigt darüber hinaus, wo seine Prioritäten liegen. Ministerpräsident Kretschmer tut alles für seine Machtsicherung und für persönliche Vorteile.

Die notwendige Gesundheitschumpfung der Verwaltung bleibt dabei auf der Strecke.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-staatskanzlei-von-mp-kretschmer-vom-stellenabbau-fast-komplett-ausgenommen/>

Viel Erfolg im neuen Schuljahr!

In der nächsten Woche beginnt in Sachsen das neue Schuljahr. Wir wünschen deshalb allen



Schülern maximale Erfolge. Wir brauchen euch! Ihr seid unsere Zukunft! Zudem wünschen wir allen Erstklässlern am Wochenende eine unvergessliche Einschulungsfeier.

CDU-Kultusminister Conrad Clemens ist bereits heute vor die Presse getreten, um über das neue Schuljahr zu informieren. Leider hat die Regierung ihre Hausaufgaben über die Ferienzeit nur mangelhaft erledigt.

+ Den angekündigten weiteren Ausbau der „Demokratiebildung“ sehen wir besonders kritisch. Wir wünschen uns mehr direkte Demokratie! [Kinder](#) immer mehr zu indoktrinieren, lehnen wir jedoch entschieden ab! [Schule](#) muss neutral sein.

+ Die 905 neuen [Lehrer](#) sind kein Grund zum Feiern! Im Schuljahr 2024/25 gab es 1.601 Abgänge von Lehrern. Zahlen für das zurückliegende Schuljahr liegen noch nicht vor. Selbst wenn es

2025/26 nur 1.300 Abgänge gegeben haben sollte, wird der Lehrermangel trotzdem nicht kleiner. Es gibt aber geringfügig mehr Schüler. Unterrichtsausfall ist damit vorprogrammiert.

+ Große Bauchschmerzen bereitet uns die aktuelle Überarbeitung der Lehrpläne. Das findet unter dem Motto „Kompetenzen statt Inhalte“ statt. Wir befürchten, dass dadurch das Bildungsniveau noch einmal abgesenkt wird, denn ohne Inhalte geht's nun einmal nicht. Die AfD setzt sich dafür ein, Deutsch, Mathe und Naturwissenschaften zu stärken. Zudem soll es verbindlich an allen Schulen ab Klasse sieben einen Wirtschaftsunterricht geben!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/viel-erfolg-im-neuen-schuljahr/>

AfD wirkt! CDU übernimmt SIMSON-Antrag mit einem Jahr Verspätung!

Bereits im August 2025 beantragte die sächsische AfD-Fraktion ([Drs. 8/3930](#)), dass alle wesentlich baugleichen SIMSON-Mopeds ab sofort und unverzüglich auch mit Tempo 60 und nicht nur mit 45 km/h zugelassen werden!

Die CDU hat den Antrag am 29. Oktober 2025 im Landtag abgelehnt. Nun bog CDU-Ministerin Regina Kraushaar am 7. August 2026 um die Ecke und verkündete eine sächsische Bundesratsinitiative, damit „baugleiche Kleinkraftträder“ demnächst alle gleichberechtigt „gleich schnell fahren dürfen“.

Dazu erklärt der AfD-Abgeordnete Mike Moncsek:

„Die CDU kopiert erneut mit massiver Verspätung eine richtige AfD-Initiative. Das zeigt: Wir, die AfD, machen für unsere Bürger eine durch und durch vernünftige Politik, die sich langfristig durchsetzen wird! Nur die Brandmauer der sächsischen CDU sorgt dafür, dass diese und weitere sinnvolle Reformen nicht zum Wohle unserer Bürger schneller verwirklicht werden.“

Wenn Mopeds im ländlichen und städtischen Straßenverkehr nur mit Tempo 45 unterwegs sind, ist das sowohl für die Mopedfahrer als auch für Autofahrer belastend und teilweise sogar sehr gefährlich! Alle anderen Verkehrsteilnehmer fahren meist innerorts die erlaubten 50 km/h! Wenn sich Mopedfahrer dem flüssigen Verkehr anpassen können, ist das am sichersten für alle Verkehrsteilnehmer!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-wirkt-cdu-uebernimmt-simson-antrag-mit-einem-jahr-verspaetung/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.8.2026

Sondersitzung Innenausschuss: Flughafen Leipzig/Halle darf kein Drehkreuz für Kriege in aller Welt sein!

Zur Sondersitzung des Innenausschusses im Sächsischen Landtag, die sich mit dem Drohnenvorfall am Leipziger Flughafen beschäftigte, erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Sebastian Wippel:



„Wer hinter dem mutmaßlichen Drohnenangriff steckt, ist noch immer offen. Es kommen dafür viele Akteure in Frage. Sich allein auf Russland als möglichem Urheber zu konzentrieren, ist deshalb falsch. Das lehrt insbesondere der Anschlag auf die Nord Stream-Pipeline. Damals wurden in der Öffentlichkeit ebenfalls falsche Verdächtigungen erhoben.

Es könnte sich ebenso herausstellen, dass Staaten wie die Ukraine, der Iran oder ausländische Geheimdienste ihre Finger im Spiel hatten.

Unabhängig davon sehen wir die Entwicklung am Flughafen Leipzig/Halle mit größter Besorgnis. Die sächsischen Bürger wurden zu keiner Zeit darüber informiert, dass dieser Flughafen im großen Stil als Drehkreuz für militärische Güter genutzt wird, ohne ausreichenden Schutz zu erfahren.

Die sächsischen Bürger hätten einem solchen Drehkreuz für Kriege in aller Welt auch nie zugestimmt, weil sie wissen, dass man sich dadurch selbst zum Anschlagziel macht.

Die Sondersitzung des Innenausschusses lief aus unserer Sicht unbefriedigend. CDU-Innenminister Armin Schuster hat keine neuen Informationen geliefert, während zeitgleich im Fernsehen neue Details genannt wurden.

Wir fordern, dass schnellstens das Zuständigkeitswirrwarr bei der Drohnenabwehr beendet wird und der Flughafen Leipzig/Halle mit moderner Technik geschützt wird.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/sondersitzung-innenausschuss-flughafen-leipzig-halle-darf-kein-drehkreuz-fuer-kriege-in-aller-welt-sein/>

Frau mit Baby vor Bahn geschubst: Kriminelle Syrer nach Syrien abschieben!

In Dresden steht aktuell der Syrer Yousef Abu Z. (32) vor Gericht. Er soll eine Frau mit Baby vor eine Bahn geschubst haben. Als eine Zeugin helfen wollte, trat der Syrer laut Medienberichten mehrfach gegen ihren Kopf. Das Opfer erlitt mehrere Brüche im Gesicht.

Während seiner „Schreckenstat“ (Tag24) schrie der Tatverdächtige immer wieder „Allahu Akbar“. Handelt es sich folglich um einen Islamisten? Ein Gutachter verneinte das und meinte, der schizophrene Tatverdächtige sei schuldunfähig. Er befindet sich seitdem in der Psychiatrie. Das dürfte Kosten in Höhe von 12.000 Euro pro Monat für den Steuerzahler verursachen.

Yousef Abu Z. ist dabei kein Einzelfall. Vielmehr steckt ein Muster dahinter. Schwere Straftaten werden mit traumatischen Erlebnissen der „Flüchtlinge“ quasi entschuldigt und dann heißt es, solche Menschen könne man doch unmöglich abschieben.

Wir fordern hingegen: Es wird höchste Zeit, alle kriminellen Syrer konsequent nach Syrien abzuschieben! Das verspricht die CDU schon lange, setzt es aber nicht um.



Man muss es so deutlich sagen: Zu Showzwecken fand im Dezember 2025 die Abschiebung von einem (!!!) syrischen Straftäter statt. Seitdem sinken die Abschiebezahlen – auch in Sachsen.

Wann beginnt also endlich die angekündigte „Abschiebeoffensive“? Dazu wird es erst kommen, wenn die AfD regiert.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/frau-mit-baby-vor-bahn-geschubst-kriminelle-syrer-nach-syrien-abschieben/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.8.2026

AfD-Anfrage: 45 Prozent der Empfänger von Sozialleistungen in Dresden sind Ausländer!

In Dresden erhalten 46.421 Bürger Sozialleistungen. 21.006 davon sind Ausländer. Das sind 45,25 Prozent. Der monatliche Transferaufwand insgesamt liegt bei rund 39 Millionen Euro. Der



Transferaufwand für Ausländer dürfte also pro Monat bei ca. 17,5 Millionen Euro liegen. Genaue Zahlen bezüglich des Transferaufwands liefert die vom SPD-Sozialministerium erstellte Statistik leider nicht.

Erfragt hat die Daten zum Sozialgeld, den „Hilfen zum Lebensunterhalt“ (HLU), der Grundsicherung, dem Wohngeld und den Leistungen für Asylbewerber der AfD-Abgeordnete Hans-Jürgen Zickler ([Drs. 8/7630](#)).

Zu den Ergebnissen sagt er:

„Der offizielle Ausländeranteil in Dresden liegt bei knapp 13 Prozent. Das heißt: Ausländer erhalten überdurchschnittlich häufig Sozialleistungen.“

In Summe kam es also gerade nicht zu einer Zuwanderung von leistungsstarken Fachkräften, die unsere [Rente](#) sichern. Vielmehr belegen die von mir erfragten Zahlen, dass es in den letzten Jahren hauptsächlich eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme gegeben hat.

Unsere Sozialsysteme bringt das an den Rand des Kollapses. Die Pflege ist schon heute nicht mehr bezahlbar, während die Elternbeiträge für Kindergärten immer weiter steigen.

Ein Sozialstaat kann nur funktionieren, wenn er Grenzen setzt. Es gehört deshalb zu einer umsichtigen Migrationspolitik, den Zuzug von arbeitslosen Personen zu unterbinden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-45-prozent-der-empfaenger-von-sozialleistungen-in-dresden-sind-auslaender/>

CO2-Abgabe komplett abschaffen!

Mit einer Gesetzesänderung will die Bundesregierung die CO2-Abgabe im nächsten Jahr stabil halten und nicht weiter erhöhen.

Dazu erklärt Jan Zwerg, energiepolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion:

„Wir fordern die Streichung der kompletten CO₂-Abgabe, damit Tanken und Heizen günstiger wird. Zudem ist die CO₂-Abgabe für unsere Unternehmen eine Zusatzbelastung, die dazu führt, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb das Nachsehen hat.“

Ich möchte auch daran erinnern, dass die Regierung ursprünglich versprochen hatte, den Bürgern aus den Einnahmen der CO₂-Abgabe ein sogenanntes Klimageld zurückzuerstatten. Demzufolge hätte eine vierköpfige Familie ca. 600 Euro pro Jahr an Klimageld erhalten müssen.

Im Wahlkampf von 2025 hat Kanzler Friedrich Merz noch einmal das Klimageld in Aussicht gestellt. Inzwischen hat sich diese Ankündigung wie so viele andere als Lüge entpuppt.

Es gibt daher nur eine Lösung: Die CO₂-Abgabe muss weg!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/co2-abgabe-komplett-abschaffen/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.8.2026

„Express-Betriebsprüfung“? Kleine Firmen entlasten statt zu Tode kontrollieren!

„Dieses Bistro wird vom Finanzamt Plauen vernichtet“, klagte vor einigen Jahren eine „Futter- und Schnitzelstube“. Der Gastwirt wurde vom Finanzamt zu einer Steuernachzahlung von 25.000 Euro verdonnert und sollte obendrauf noch einmal 9.000 Euro Strafe zahlen. Warum?



Der Gastwirt bot ordentliche Portionen für hungrige Bauarbeiter an. Seine Riesenschnitzel mit 200 Gramm filmte er sogar. Trotzdem unterstellte der Betriebsprüfer vom Finanzamt, dass die Schnitzel nur 166 Gramm (sic!) gewogen haben können und es dazu eine Nudelportion von 80 Gramm gab. Daraus ergebe sich dann ein höherer Gewinn.

Bei anderen Gastronomen laufen die Betriebsprüfungen ähnlich ab – und zwar manchmal dreimal in Folge! Danach sind die kleinen Unternehmen ruiniert.

Der Freistaat Sachsen wollte zwischen 2020 und 2025 Steuernachforderungen in Höhe von 1,14 Milliarden Euro haben. CDU-Finanzminister Christian Piwarz will nun mit „Express-Betriebsprüfungen“ innerhalb von 90 Tagen den nächsten Schritt gehen.

Verkauft wird das als Bürokratie-Abbau. In Wirklichkeit werden aber nur die Finanzämter entlastet, während auf kleine Unternehmen sehr wahrscheinlich neue Zumutungen zukommen: So sind mehr unangekündigte Kassenkontrollen im Gespräch.



Außerdem besteht die angebliche Entbürokratisierung darin, dass die Unternehmen von vornherein mehr Buchhaltungsdaten liefern müssen. Dadurch gehe es am Ende schneller. Na vielen Dank!

Einmal mehr läuft es nach dem Prinzip: Die Kleinen werden gehängt. Die Großen lässt man laufen!

Wir fordern: Lasst den kleinen und mittleren Unternehmen mehr Luft zum Atmen! Statt immer neue Belastungen haben diese Betriebe eine Steuersenkung verdient!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/express-betriebspruefung-kleine-firmen-entlasten-statt-zu-tode-kontrollieren/>



Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>



Sie sind Unternehmer und führen Ihr eigenes Unternehmen?

Jetzt anmelden zum 2. Wirtschaftsgipfel der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag am 10. September 2026!

Seit unserem erfolgreichen ersten Wirtschaftsgipfel 2024 hat sich die Lage der deutschen Wirtschaft weiter dramatisch zugespitzt. Steigende Belastungen, wachsende Bürokratie, untragbare Energiekosten und ein zunehmend standortfeindliches politisches Klima setzen Unternehmen jeder Größe unter enormen Druck.

Deutschland braucht jetzt Persönlichkeiten wie Sie: Menschen, die Verantwortung übernehmen, den Niedergang nicht hinnehmen, sondern sich ihm widersetzen und bereit sind, ihre Erfahrung, ihre Stimme und ihre unternehmerische Kraft einzubringen.

Deshalb laden wir Sie herzlich zum Wirtschaftsgipfel der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ein.

Anmeldung und weitere Informationen unter:

<https://afdbundestag.de/veranstaltung/2-unternehmertag>

Positionspapier „So retten wir Deutschland“

Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen. 

Link: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Zum Schutz unserer Frauen und Kinder: Remigration jetzt!

Eine parlamentarische Anfrage des AfD-Landtagsabgeordneten Chris Hegel offenbart erschreckende Zahlen aus Baden-Württemberg: Zwischen 2018 und 2025 verzeichnete die Polizei 273 Gruppenvergewaltigungen mit 698 Tatverdächtigen. Bei 392 von ihnen handelte es sich um Ausländer. Damit liegt der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei durchschnittlich 56 Prozent, wobei Tatverdächtige aus Afghanistan, Syrien und der Türkei besonders häufig vertreten sind. Hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer, da Doppelstaatler in der Statistik als Deutsche gezählt werden.

Diese Entwicklung bedroht die Sicherheit von Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum massiv. Wer die Realität der gescheiterten Migrationspolitik jahrelang schönredet oder verharmlost, lässt die Opfer im Stich. Die Berichte von Betroffenen zeigen unermessliches Leid und erschütternde Brutalität, die unser Zusammenleben zerstören. Die Verschleierung von Täternationalitäten durch unvollständige Statistiken verhindert zudem die zwingend notwendige Aufklärung und schwächt das Vertrauen der Bürger in die Rechtsstaatlichkeit.

Der Schutz der eigenen Bevölkerung muss wieder an erster Stelle stehen. Ausländische Straftäter und Gefährder haben ihr Aufenthaltsrecht verwirkt und müssen Deutschland umgehend verlassen. Eine konsequente Politik der Remigration sowie wirksame Grenzkontrollen sind der einzige Weg, um die öffentliche Sicherheit dauerhaft wiederherzustellen. Innenminister Manuel Hagel (CDU) muss zudem die Tatsachen lückenlos offenlegen und auch die ethnische Herkunft deutscher Tatverdächtiger transparent machen.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1575967150565594&set=a.797289411766709>

UPS! Wenn die eigene Partei lieber Mario Voigt als Ministerpräsidenten will ..

Sahra Wagenknecht hat das Angebot

(<https://x.com/BjoernHoecke/status/2087594876883935657>) ausgeschlagen: Sie nennt es »unseriös«, daß wir sie zur neuen Ministerpräsidentin in Thüringen machen wollten. War nicht ihr Gesicht auf den Wahlplakaten bei der Landtagswahl in Thüringen? Wählten die Thüringer nicht ihren Namen? Die AfD hat Kompromißbereitschaft signalisiert, aber sie zweifelt daran, daß sie von ihrer eigenen Partei gewählt würde



(<https://x.com/SWagenknecht/status/2087856868098011441>). Gegenüber der Zeit widerspricht Katja Wolf der Parteigründerin und stellt sich demonstrativ hinter Mario Voigt

(<https://www.zeit.de/.../sahra-wagenknecht-afd-bjoern...>). Warum sollten Wähler dem BSW vertrauen, wenn die Gründerin und Namensgeberin Sahra Wagenknecht es selbst nicht tut?
<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1882643133159327&set=a.599798814777105>



Politkommissar fordert Schießbefehl an der Brandmauer

Als Oberleutnant und Politoffizier der DDR-Grenztruppen hetzte er gegen den »Klassenfeind« und »Republikflüchtlinge«. Sein Grenzregiment 33 erschoss 1989 Chris Gueffroy. Nach der Wende wurde Sven Hüber Erster Polizeihauptkommissar bei der Bundespolizei und durfte zuletzt als Vorsitzender des Hauptpersonalrates mitentscheiden, wer in die höchsten Ränge aufsteigt. Besonders gut verstand er sich mit der Antifa-Innenministerin Nancy Faeser (https://apollo-news.net/faesers-schattenmann-ex-ddr...). Als stellvertretender Bundesvorsitzender

der GdP ist er in den Medien. Die Polizeigewerkschaft bezahlte auch die Prozeßkosten, als er gegen die Berichterstattung über seine zweifelhafte Karriere (<https://nius.de/.../sven-hueber-vom-ddr-politoffizier-zum...>) vorging.

Aber es geht nicht um Jugendsünden – der Politkommissar ist sich bis heute treu geblieben.

Das zeigt sein Vorstoß, den »inneren Notstand« vorzubereiten, wenn die AfD in Sachsen-Anhalt an die Regierung kommt: In dem Fall würde die Landespolizei dem Bund unterstellt und die Bundespolizei dürfte zur »Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung« eingreifen. In einem Artikel über die Remonstrationspflicht

(<https://www.gdp.de/.../stories/2026/07/remonstrationspflicht>) fordert er die Polizeiführungsgremien dazu auf, sich darauf vorzubereiten: Sie sollten Einsatzführung, Stäbe und Kommunikationswege vorab klären. Die GdP kündigt Rechtsschutz für Mitglieder an, die gegen die demokratisch gewählte Landesregierung Widerstand leisten.

Hüber spielte auch eine wichtige Rolle bei der Schmutzkampagne gegen den Bundespolizei-Professors Stephan Maninger (https://apollo-news.net/sind-sie-rechtsextrem-zdf...) wegen eines Beitrags in der Jungen Freiheit.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1880780833345557&set=a.599798814777105>

65. Jahrestag des Mauerbaus

Am 13. August 1961 begann das von der Sowjetunion gestützte Regime der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) mit dem Bau der Berliner Mauer. Mit Stacheldraht, Beton und Waffengewalt sollte verhindert werden, dass die Menschen die DDR verlassen und in den freien Teil Deutschlands fliehen konnten. Die AfD-Bundestagsfraktion gedenkt der Opfer des DDR-Unrechtsstaates und all jener, die für Einigkeit und Recht und Freiheit eintraten.

Pünktlich zum 65. Jahrestag des Mauerbaus veröffentlicht die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag eine Broschüre zum Gedenken an die Teilung unseres Vaterlandes. Die Broschüre gibt einen Überblick über die vielfältigen parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen der Fraktion zur Erinnerung an dieses Thema.



Herzlichen Dank an alle Kollegen und Mitarbeiter, die zum Gelingen beigetragen haben. Die Broschüre kann hier kostenlos online gelesen werden.

[https://afdbundestag.de/65-Jahre-Mauerbau Broschuere](https://afdbundestag.de/65-Jahre-Mauerbau_Broschuere)

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1610907340398457&set=a.818190173003515>



Festsetzen, abschieben, Deutschland schützen!

Der Fall des 38-jährigen Syriers Abdulhadi B. offenbart den vollen Kontrollverlust der deutschen Asylpolitik. Der vorbestrafte IS-Gefährder, der einst Anschläge auf eine Berliner Synagoge plante und jahrelang unter ständiger Überwachung stand, erhielt vom Bayerischen Landesamt für Asyl und Rückführungen 6.000 Euro Steuergeld für seine freiwillige Ausreise. Zuvor verursachte die Überwachung des Islamisten im bayerischen Tirschenreuth monatliche Kosten von mehr als 50.000 Euro. Bei seiner Abfahrt zum Flughafen München zeigte der Extremist noch triumphierend das IS-Erkennungszeichen.

Dass ein gefährlicher Gefährder, der die Schädigung unseres Landes öffentlich als „gottauferlegte Aufgabe“ bezeichnete, nun auch noch mit Prämien belohnt wird, entbehrt jeder Beschreibung. Was unter der Führung der Altparteien von CDU, CSU und SPD als angeblicher Sicherheitsgewinn verkauft wird, ist ein beispielloser Offenbarungseid des Rechtsstaates. Anstatt Recht und Gesetz konsequent durchzusetzen, kapituliert die Politik vor islamistischen Gefährdern und schmeißt das Geld der Bürger zum Fenster hinaus.

Diese Nachgiebigkeit gegenüber Extremisten muss ein Ende haben. Als Alternative für Deutschland fordern wir den sofortigen Arrest sowie die konsequente Ausweisung aller islamistischen Gefährder – ohne langwierige Verhandlungen und ohne finanzielle Abschiedsgeschenke. Wer unsere Rechtsordnung ablehnt und Anschläge plant, gehört unverzüglich außer Landes gebracht. Der Schutz der eigenen Bevölkerung muss für den Staat

wieder an erster Stelle stehen.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1574409640721345&set=a.797289411766709>

Nach Dokortitel-Aberkennung: Voigt (CDU) muss endlich zurücktreten!

Thüringens Ministerpräsident Mario Voigt (CDU) ist mit seinem Widerspruch gegen die Aberkennung seines Dokortitels an der Technischen Universität Chemnitz gescheitert. Das zuständige Gremium wies den Einspruch des Politikers zurück. Damit erlitt Voigt im Streit um seine Dissertation über den US-Präsidentschaftswahlkampf die nächste juristische Niederlage, während seine Anwälte bereits eine Klage ankündigten.

Der Fall begleitet Voigt seit dem Landtagswahlkampf 2024, als erste Plagiatsvorwürfe aufkamen. Nun ist die Aberkennung Realität, während zusätzlich der Einsatz Künstlicher Intelligenz in seinen Reden für Unmut sorgt. Ein Ministerpräsident, der an der Spitze unseres Landes steht, muss in Fragen der persönlichen Redlichkeit unzweifelhaft bleiben. Wer sich durch Täuschungsvorwürfe unglaublich macht, beschädigt das Vertrauen der Bürger in die politische Führung massiv.



Wir fordern daher den sofortigen Rücktritt von Mario Voigt sowie den lückenlosen politischen Neuanfang im Freistaat Thüringen! Wer das eigene Volk täuscht und akademische Würden unrechtmäßig trägt, besitzt weder die Moral noch die Glaubwürdigkeit für ein Spitzenamt. Wir stehen für ehrliche Politik ohne Altparteien-Filz, höchste Maßstäbe für politische Amtsträger und den Respekt vor der Leistung arbeitender Bürger.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1574250994070543&set=a.797289411766709>



Du bist weiß? Dann kein Zutritt!

Das mit 300.000 Euro an Steuergeldern finanzierte temporäre „Volksbad“ vor der Berliner Volksbühne schließt weiße Menschen explizit vom Schwimmen aus. Am 14. August dürfen von 12 bis 18 Uhr ausschließlich Menschen mit dunkler Hautfarbe das Becken nutzen, während weiße Bürger draußen bleiben müssen. Verantwortlich dafür ist der Verein „Each One Teach One“ (EOTO), der allein in diesem Jahr mindestens 425.000 Euro aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie Millionen vom Berliner Senat kassiert.

Hier wird mit dem hart erarbeiteten Geld deutscher Steuerzahler eine offene Rassentrennung im öffentlichen Raum betrieben. Unter dem Deckmantel linker Theorien wie der „Critical Race Theory“ schaffen steuerfinanzierte NGO-Netzwerke geschützte Räume, in denen weiße Menschen unerwünscht sind. Während einheimische Familien für reguläre Schwimmbäder immer höhere Eintrittspreise zahlen müssen, finanziert der Staat mitten in der Hauptstadt den gezielten Ausschluss genau dieser Bürger. Das ist ein beispielloser Skandal und ein Schlag ins Gesicht aller Beitragszahler.

Wir fordern den sofortigen Stopp aller staatlichen Fördermittel für Vereine und Initiativen, die weiße Menschen diskriminieren und spaltende Ideologien verbreiten. Öffentlich finanzierte Projekte müssen ausnahmslos jedem Bürger offenstehen, unabhängig von der Hautfarbe. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ muss umgehend gestoppt werden, damit kein einziger Steuereuro mehr in solche Netzwerke fließt.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1573553990806910&set=a.797289411766709>

Was wussten RKI und CDU-geführte Bundesregierung über die Risiken der Corona-Impfungen?

Neu veröffentlichte Textnachrichten des US-Gesundheitsexperten Anthony Fauci aus dem Januar 2021 enthüllen brisante Details zur Corona-Impfkampagne. Im internen Austausch mit der späteren CDC-Chefin Rochelle Walensky räumte Fauci ein, dass starke Immunreaktionen nach der zweiten Impfdosis theoretisch mit Fehlgeburten im ersten Schwangerschaftstrimester zusammenhängen könnten. Trotz dieser bekannten Risiken und dramatischen Datenlücken wurden Schwangere weltweit und auch in Deutschland intensiv zum Nachweis der Impfung gedrängt.



Diese Enthüllungen zeigen auf beklemmende Weise, wie leichtfertig politische Entscheidungsträger Grundrechte außer Kraft setzten. Während führende US-Experten intern über theoretische Fehlgeburten und fehlende Studien diskutierten, erzeugte die Politik hierzulande beispiellosen gesellschaftlichen Druck. Ungeimpfte wurden ausgegrenzt, Bürger schikaniert und Kritiker als Verschwörungstheoretiker diffamiert. Das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen wurde dadurch nachhaltig erschüttert.

Die Geschehnisse der Corona-Jahre dürfen nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden. Die AfD fordert deshalb einen vollumfänglichen Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag. Es muss transparent aufgeklärt werden, was das RKI und die Bundesregierung über die von Fauci in internen Kreisen geäußerten Risiken wussten und warum man an den Bürgerdrangsalierungen festhielt. Die Verantwortlichen müssen endlich zur Rechenschaft gezogen werden.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1573403370821972&set=a.797289411766709>



Die SPD betrügt die Bürger

Der Bund der Steuerzahler hat die Pläne von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) für eine Reform der Einkommensteuer scharf zerrissen und als „Scherz“ sowie „Giftliste“ bezeichnet. Verbandspräsident Reiner Holznagel stellte gegenüber der Augsburger Allgemeinen klar, dass der Entwurf statt der versprochenen Entlastungen in der Mehrzahl neue Belastungen enthält. Der notwendige Abbau der kalten Progression findet kaum statt, während bestimmte Einkommensgruppen sogar höher belastet werden. Zudem mahnte Holznagel an, dass die reine Anhebung des Grundfreibetrags keine echte Reform, sondern lediglich eine



politische Pflichtaufgabe darstellt.

Diese verfehlte Finanzpolitik zeigt eindeutig: Die SPD hat fertig. Sie schämt sich offensichtlich nicht mehr dafür, den Bürgern eine angebliche Steuerentlastung vorzugaukeln, während sie in Wahrheit die Abgaben drastisch erhöht. Anstatt den Menschen in Zeiten hoher Belastungen spürbar unter die Arme zu greifen, kaschiert die SPD-geführte Haushaltspolitik verdeckte Mehrbelastungen als Erleichterungen. Die arbeitende Bevölkerung zahlt am Ende wieder einmal die Zeche für eine Politik, die ihre eigenen Versprechen bricht und die Leistungsträger gezielt täuscht.

Es braucht endlich eine radikale Kehrtwende in der Steuerpolitik, die den Namen Entlastung verdient. Die künstlichen Belastungen für die Bürger müssen gestoppt und die kalte Progression endlich konsequent abgebaut werden. Wer die hart arbeitenden Menschen mit Scheinreformen abkassiert, hat jedes Vertrauen verspielt.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1572656694229973&set=a.797289411766709>

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

43 %: Neuer AfD-Rekordwert in Sachsen-Anhalt!

<https://www.compact-online.de/43-neuer-afd-rekordwert-in-sachsen-anhalt/>

„Mehr russische Soldaten töten“ – „FAZ“ reagiert auf Kritik nach Frage an Selenskyj

<https://www.welt.de/politik/ausland/article6a79d49135268e5027024838/ukraine-krieg-mehr-russische-soldaten-toeten-faz-reagiert-auf-kritik-nach-frage-an-selenskyj.html>

DNA auf Sprengstoff-Drohne gefunden – Spur soll zu DHL-Anschlag führen

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article6a79bcf3e22753e756e9bc29/leipzig-dna-auf-sprengstoff-drohne-gefunden-spur-soll-zu-dhl-anschlag-fuehren.html>

Dokortitel aberkannt: TU Chemnitz weist Voigts Widerspruch zurück

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/dokortitel-widerspruch-tu-chemnitz,mario-voigt-280.html>

Ein persönliches Wort zum Fall Fauci

https://www.achgut.com/artikel/ein_persoenliches_wort_zum_fall_fauci

Nach Voigt-Blamage: Höcke will Wagenknecht zur Ministerpräsidentin machen

<https://n1us.de/nachrichten/hoecke-wagenknecht-ministerin-thueringen>

Nicht nach Thüringen: Wagenknecht weist Höckes Idee zurück

<https://thueringen.de/dpa-meldungen/nicht-nach-thueringen-wagenknecht-weist-hoeckes-idee-zurueck-412028>

Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr besuchen AfD-Stand mit Siegmund – Bürgermeister „fassungslos“



<https://www.welt.de/politik/deutschland/article6a7d0e7a169e8e32c0ae6020/sachsen-anhalt-freiwillige-feuerwehr-besucht-afd-stand-buergermeister-fassungslos.html>

CDU-Bürgermeister tritt wegen Friedrich Merz aus der Partei aus

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/cdu-buergermeister-tritt-wegen-friedrich-merz-aus-der-partei-aus/>

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Unabhängige Medien

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft

<https://kontrafunk.radio/de/>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Deutschland-Kurier

<https://deutschlandkurier.de/>



Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/
www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/
www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093
t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/
www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/



www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda
www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen

AfD-Kreisverband Bautzen

Landkreis Bautzen

----- Wahlkreise LTW und Regionalgruppen

----- Wahlkreis Bundestagswahl BZ II



Regionalgruppenleiter:

WK 52: Frank Peschel
WK 53: Thorben Kreische
WK 54: Timo Schreyer
WK 55: Jonas Pietschmann
WK 56: Nicole Scharpe

Stand: 7. Juli 2026

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen

IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552

BIC: OSDDDE81XXX

Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen